

Dienste bis zu 12 000 Euro absetzen

Handwerk will steuerlichen Corona-Bonus

BERLIN. Das Handwerk schlägt für einen Neustart in der Corona-Krise einen zeitlich begrenzten, steuerlichen „Corona-Bonus“ vor. Durch den Bonus mit einem Höchstbetrag von 12 000 Euro soll der private Konsum gestärkt werden. Diese Summe sollen Bürger maximal steuerlich absetzen können – und zwar nicht nur für haushaltsbezogene Dienste, die schon jetzt steuerlich gefördert werden, sondern auch darüber hinaus, forderte der Branchenverband ZDH. Bisher können Verbraucher jährlich Handwerker-Dienste von bis zu 6000 Euro steuerlich absetzen.

Der Vorschlag ist Teil eines umfassenden Maßnahmenpakets, mit dem das Handwerk wieder auf die Beine kommen und eine Pleitewelle in der Branche mit Millionen Beschäftigten verhindert werden soll. Dazu gehören auch Nachbesserungen bei Hilfen der Bundesregierung sowie eine Pause bei Bürokratielasten und Regulierungen. „Ganz vielen unserer Betriebe steht das Wasser bis zum Hals, und nicht wenige drohen komplett unterzugehen“, sagte Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer. „Sie alle brauchen eine Perspektive und wollen wissen, wie das schrittweise Wiederanfahren der Wirtschaft abläuft.“ (dpa)

Schutzbestimmungen

Maskenpflicht auch im Fernverkehr?

BERLIN. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer setzt sich für eine Schutzmasken-Pflicht auch im öffentlichen Fernverkehr ein. Das wolle er für die Gespräche der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten in dieser Woche vorschlagen, sagte der CSU-Politiker gestern. Im öffentlichen Nahverkehr ist seit gestern das Tragen eines Mund-Nase-Schutzes in allen Bundesländern Pflicht, auch ein Tuch oder ein Schal reichen aus. Aus Scheuers Sicht wäre es ein „Systembruch“, das im Fernverkehr anders zu machen, wie er sagte.

Wichtig sei, dass im Bahnverkehr etwa in Italien und Frankreich nicht andere Regeln gelten als in Deutschland, sagte Scheuer. Die Bahn sei mit den Unternehmen der anderen Länder im Gespräch, auch die Bundesregierung stimme sich in Vorbereitung einer morgigen Besprechung der EU-Verkehrsminister mit anderen Ländern ab.

Es müsse auch darüber nachgedacht werden, ob das offene deutsche Bahnsystem ohne Reservierungspflicht beibehalten werden könne, sagte Scheuer. Es sei eine Frage, wie Passagierströme organisiert würden. Ein geschlossenes System würde bedeuten, dass Kunden einen Platz in einem bestimmten Zug buchen müssen – so wie im Flugzeug. (dpa)

Notizen

Studie

Deutlich weniger Wohnungsanzeigen

FRANKFURT. Wohnungssuchende haben in den ersten Wochen der Corona-Krise deutlich weniger Immobilienanzeigen gefunden. Im Zeitraum vom 2. März, also kurz vor dem Shutdown, bis 19. April ging die Zahl der neuen Annoncen für Mietwohnungen um bis zu 38 Prozent zurück, zeigt eine Studie des Immobilienspezialisten F+B. (dpa)

Absatz bricht ein

Fielmann spürt Corona-Krise

HAMBURG. Die Optiker-Kette Fielmann hat die Coronavirus-Pandemie in ihren Läden im ersten Quartal deutlich zu spüren bekommen. Mit 1,7 Millionen Brillen sank der Absatz um 14,4 Prozent, wie das Unternehmen gestern auf Basis vorläufiger Zahlen mitteilte. Der Umsatz schrumpfte um 4,4 Prozent auf 355,3 Millionen Euro. (dpa)

Bargeld als sicherer Hafen?

Deutsche horten verstärkt Münzen und Scheine – Gleichzeitig nutzen immer mehr Verbraucher die kontaktlose Kartenzahlung

FRANKFURT. Bargeld gilt vielen Menschen als sicherer Hafen, obwohl es keine Zinsen abwirft. Das zeigt sich auch in der Corona-Krise.

Die Menschen in Deutschland sind zu Beginn der Corona-Krise einer Studie zufolge ins Bargeld geflüchtet. Die Krise scheinete dazu zu führen, dass die Menschen noch mehr Bargeld unter das Kopfkissen legten, erklärte die Direktbank ING Deutschland. Der Umlauf von Scheinen und Münzen im Euroraum stieg im März um fast 100 Milliarden Euro oder 8 Prozent, wie aus einer Analyse der Beratungsfirma Barkow Consulting im Auftrag der Bank hervorgeht.

Verglichen mit der Entwicklung in den Vormonaten Januar und Februar, lasse sich ein „Corona-Sondereffekt“ von etwa 30 Milliarden Euro ausweisen. Davon entfielen etwa 20 Prozent beziehungsweise 6 Milliarden Euro auf Privathaushalte in Deutschland.

Auch die Deutsche Bundesbank hatte zu Beginn der Krise zunächst einen Anstieg der Nachfrage nach Scheinen und Münzen festgestellt. Anschließend seien die Volumina aber wieder deutlich zurückgegangen.

Der Analyse zufolge saßen die Menschen in Deutschland Ende 2019 auf insgesamt 253 Milliarden Euro Bargeld. Das waren 32 Milliarden oder 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Durchschnittlich spreche das mehr als 3000 Euro in der Tasche für jeden Bundesbürger.

Der Boom von Scheinen und Münzen setzte den Daten zufolge mit der Niedrigzinsphase im Euroraum ein. Seit Ende 2013 haben sich demnach die Bargeldbestände in Deutschland mehr als verdoppelt, obwohl es durch die Inflation in den letzten Jahren einen Werteverlust von durchschnittlich etwa ein bis zwei Prozent gab.

Die vergangenen 20 Jahre seien von unterschiedlichen Blasen



Die Diskussion um Bargeld wird in Deutschland immer wieder geführt. Beim Einkaufen zahlen Kunden derzeit vermehrt mit Karte.

Foto: dpa

und Krisen an den Finanzmärkten gekennzeichnet gewesen. Hinzu komme die Niedrigzinsphase der jüngeren Vergangenheit. „Es ist also kein Wunder, dass die Deutschen scheinbar etwas verunsichert sind und einen Teil ihres Geldes lieber unter das Kopfkissen legen“, erläutert Thomas Dwornitzak, Leiter Sparen & Anlegen bei der ING Deutschland. Zwar behalte Bargeld aus Sicht der Kunden die Rolle eines „sicheren Hafens“, gleichzeitig verliere es aber zunehmend die Rolle als Zahlungsmittel.

Nach Angaben des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

haben Sparkassen-Kunden ihre Einkäufe im März so häufig wie nie in einem Monat mit der Girocard beglichen. Demnach wurden rund 206 Millionen Transaktionen mit der Plastikkarte durchgeführt – 11,4 Prozent mehr als im Februar. Der Anteil der kontaktlosen Zahlungen mit Girocard ohne PIN-Eingabe stieg im März auf den Rekordwert von 52,2 Prozent. Im Vorjahresmonat war erst etwa jede vierte Girocard-Zahlung kontaktlos (27,5 Prozent).

Nach Angaben der Deutschen Kreditwirtschaft von Ende März wurden insgesamt mehr als die Hälfte aller Girocard-Zahlungen

zuletzt kontaktlos durchgeführt wurden. Im Dezember habe dieser Anteil noch bei 35 Prozent gelegen.

Beim kontaktlosen Bezahlen müssen die Käufer ihre Plastikkarten nicht in ein Lesegerät stecken und an dem Terminal eine PIN eingeben, sondern brauchen die Karte nur an das Terminal halten. Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK) verdoppelte jüngst das Limit für die Zahlung mit der Girocard ohne PIN-Eingabe im Handel von 25 auf 50 Euro pro Nutzung. Das neue Limit soll bis Herbst bundesweit gelten. Besitzer eines Smartphones oder einer Smartwatch können den

körperlichen Kontakt mit dem Bezahlterminal komplett vermeiden.

Viele Geschäfte ermutigen Kunden angesichts der Coronavirus-Pandemie, auf diese Weise zu bezahlen, um eine potenzielle Übertragung zu vermeiden. Auch Kreditkartenanbieter wie Mastercard hatten das Limit für das kontaktlose Bezahlen vor Kurzem heraufgesetzt.

Jüngsten Umfragen der Bundesbank zufolge bezahlen die meisten Menschen in Deutschland ihren Einkauf wie gewohnt. Lediglich 25 Prozent von rund 1000 Befragten haben ihr Zahlungsverhalten geändert. (dpa)

Popcorn und Tomatenmark hoch im Kurs

Verändertes Konsumverhalten in der Corona-Krise: Was die Europäer jetzt kaufen

FRANKFURT. Mit Schlagsahne und Popcorn durch die Corona-Krise: Beim Einkaufen zeigten Verbraucher in Europa im März Marktforschern zufolge besondere Vorlieben. „In den großen fünf Ländern Europas zeigen sich lokale Auffälligkeiten im Einkaufsverhalten, abhängig von der Corona-Phase, in der sich das Land gerade befindet“, erläuterte Jens Ohlig, Vorsitzender der Geschäftsführung des

Marktforschungsinstituts Nielsen für Deutschland, Österreich und die Schweiz.

So hätten Verbraucher in Deutschland im März mehr Gesichtstücher und Waschmittel gekauft. In Frankreich gehörten dagegen Fisch und Tomatenmark, in Spanien Hautpflege und Popcorn, in Italien neben Popcorn auch Haarfärbemittel und in Großbritannien Schlagsahne zu den Rennern.

Grundsätzlich seien aber ähnliche Produkte im Einkaufswagen gelandet. „Denn zuerst geht es für die Verbraucher meistens darum, die Basisbedürfnisse zu decken“, sagte Ohlig. In vielen Ländern weltweit gebe es ein ähnliches Muster. Zuerst kauften die Menschen gesundheitsbezogen, dann griffen sie verstärkt zu Produkten wie Atemmasken und Desinfektionsmitteln. „In Phase drei neh-

men die Vorratskäufe von haltbaren Lebensmitteln sprunghaft zu“, so Ohlig. Wenn sich die Verbraucher auf mögliche Ausgangssperren vorbereiteten, lege der Online-Kauf zu.

Nielsen wertete die Umsatzentwicklung verschiedener Produkte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum unter anderem im Lebensmittel Einzelhandel und in Drogeriemärkten aus. (dpa)

Straßenverkehr: Neue Bußgelder für Verstöße

Unter anderem zum Schutz von Radfahrern gelten in Deutschland ab heute neue Regelungen

Von Lorena Dreusicke

BERLIN. Härtere Strafen für Parkverstöße oder die Blockade von Rettungsgassen: Für Autofahrer gelten ab heute strengere Regeln vor allem zum Schutz von Radfahrern – und es drohen höhere Strafen für viele Verkehrsvergehen. Denn nun tritt die Novelle der Straßenverkehrsordnung in Kraft, wie Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sagte: „Ich freue mich, denn damit machen wir unsere Mobilität sicherer, klimafreundlicher und gerechter. Die neuen Regeln stärken insbesondere die schwächeren Verkehrsteilnehmer.“ Neben dem Schutz für Radfahrer gebe es auch Vorteile für Carsharing und E-Autos. Die zentralen Neuerungen im Überblick:

Fahrverbot schon bei 21 km/h drüber: Schon bei geringeren Geschwindigkeitsverstößen als bisher wird ein Monat Fahrverbot verhängt: innerorts ab einer Geschwindigkeitsüberschreitung von 21 km/h.

Parken auf Geh- und Radwegen kostet bis zu 100 Euro: Auch die unerlaubte Nutzung von Gehwegen, linksseitig angelegten Radwegen und Seitenstreifen wird – statt bis



Bei zu schnellem Fahren wird nun früher ein Fahrverbot verhängt als bislang.

Foto: dpa

mit 25 Euro – mit bis zu 100 Euro Geldbuße geahndet.

Auf Schutzstreifen oder in zweiter Reihe halten tabu: Auf Schutzstreifen für Fahrradfahrer darf nicht mehr gehalten werden – sonst drohen bis zu 100 Euro Strafe und ein Punkt.

Mindestens 1,5 Meter Abstand zu Radfahrern: Wer Fahrräder überholt, muss im Ort künftig mindestens 1,5 Meter Abstand halten, außerdem 2 Meter – bisher war lediglich ein „ausreichender Seitenabstand“ vorgeschrieben. Verstöße

werden mit bis zu 100 Euro und einem Punkt geahndet.

Große Lkw müssen langsam abbiegen: Lkw über 3,5 Tonnen sind angehalten, nach rechts in Schrittgeschwindigkeit (4 bis 7, max. 11 km/h) abzubiegen. Auf Verstöße folgen bis zu 70 Euro und ein Punkt.

Härtere Strafe für Missbrauch der Rettungsgasse: Wer im Stau unerlaubt durch eine Rettungsgasse für Einsatzfahrzeuge fährt, kann dann mit bis zu 320 Euro Strafe,

einem Monat Fahrverbot und zwei Punkten im Fahreignungsregister bestraft werden.

Bußgeld für Auto-Poser ver fünfacht: Wer mit dem Auto unnötig Lärm verursacht oder unnützlich hin- und herfährt, muss mit Geldbußen bis zu 100 Euro rechnen. Bisher waren es maximal bis zu 20 Euro.

Schärfere Regeln rund ums Parken: Der allgemeine Halt- und Parkverstoß wird statt bis zu 15 Euro mit einer Sanktion bis zu 25 Euro geahndet. Die Geldbußen für das unberechtigte Parken auf einem Schwerbehinderten-Parkplatz werden von 35 auf 55 Euro angehoben. Wer seinen Benziner auf einem E-Auto-Parkplatz abstellt, riskiert ein Verwarngeld von 55 Euro.

Dazu kommen strengere Regeln fürs Parken an unübersichtlichen Straßenstellen: Die Geldbuße steigt hier von 15 Euro auf 35 Euro. An Kreuzungen oder Einmündungen mit einem „straßenbegleitenden baulichen Radweg“ muss zudem mit einem größeren Abstand als bisher geparkt werden. Das heißt: bis zu 8 Meter entfernt. (Mit dpa)

Innenministerium

Keine Geschäfte mit Glücksspiel

HANNOVER. Das niedersächsische Innenministerium hat erneut einem Zahlungsdienstleister Geschäfte in Zusammenhang mit illegalem Glücksspiel verboten. Die Verfügung gelte bundesweit, teilte das Ministerium gestern mit. Es ist als Glücksspielaufsichtsbehörde zuständig für ganz Deutschland. Bereits im Juni 2019 hatte es eine erste Untersagungsverfügung gegenüber einem Unternehmen aus der Finanzbranche erlassen. Den Namen des Anbieters nannte das Ministerium nicht.

Keine Zusammenarbeit

„Nach wie vor erwarten wir von den Unternehmen der Finanzbranche, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden und die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die illegales Glücksspiel betreiben, kritisch überprüfen und notfalls sofort beenden“, sagte Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD). „Sie sind gesetzlich verpflichtet, Zahlungen im Zusammenhang mit unerlaubtem Glücksspiel zu unterlassen – tun sie dies nicht, werden wir tätig.“ Das Anbieten von Glücksspielen im Internet ist in Deutschland nach dem Glücksspielstaatsvertrag verboten. Ausnahmen gelten nur für den Vertrieb der staatlichen Lotterierprodukte, für Sportwetten und in Schleswig-Holstein. (dpa)



Boris Pistorius

Foto: Eberer